

BI Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur e.V.

Landtagswahl Hessen 2023: Zusammenfassende und vergleichende Übersicht zum Thema Windkraft der Parteiprogramme

CDU Link zum Programm	SPD Link zum Programm	FDP Link zum Programm
Relevante Textauszüge aus den jeweiligen Parteiprogrammen		
<p>Wir heben die Potenziale Hessens bei der Nutzung der Windenergie. Als Vorreiterland haben wir bereits 2% der Landesfläche als Vorranggebiete ausgewiesen und damit die bundesweiten Vorgaben als eines der ersten Länder erfüllt. Diesen Weg setzen wir fort und forcieren damit einen ambitionierten, landschaftsverträglichen und gesellschaftlich akzeptierten Ausbau der Windenergie in Hessen.</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung der Teilpläne Energie in der Regionalplanung werden wir zur Erreichung der bundesgesetzlich vorgeschriebene 2,2% der Landesfläche als Windvorranggebiet insbesondere alle aktuell mit Windkraftanlagen bebauten Flächen zu Vorrangflächen für Repowering ausweisen, um dort eine Anschlussnutzung zu ermöglichen.</p> <p>Die Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen müssen substantiell gestrafft und beschleunigt werden.</p>	<p>Erneuerbares Hessen Am wichtigsten auf Landesebene ist die Flächenbereitstellung für Erneuerbare Energien, vor allem für Windenergieanlagen und Solarparks. Ebenso wichtig ist aber auch ein unbürokratischer und gut koordinierter Vollzug der Gesetze, z. B. zur zügigen Genehmigung von Anlagen zur Nutzung von Wind, Sonne und Wasser zur Energiegewinnung. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen zu den deutschen Ländern mit den schnellsten Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien wird.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass in Hessen ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist die reale Nutzung von 2 % der Landesfläche für die Windstromerzeugung, wie es beim hessischen Energiegipfel 2011 vereinbart, aber bisher nicht umgesetzt wurde. Dafür werden wir auch die aktuelle schwarzgrüne Verhinderungspolitik gegen Repowering (die Ersetzung alter durch moderne Windkraftanlagen) beenden.</p> <p>NATUR UND LANDSCHAFT – KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFT VERNETZEN Die mit den Naturschutzverbänden abgestimmten Maßnahmenpläne zum Vogelschutz beim Windkraftausbau müssen endlich mit Personal ausgestattet und umgesetzt werden.</p>	<p>Gaststättenrecht So sind zum Beispiel bei touristischen Infrastrukturmaßnahmen die Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen stärker zu berücksichtigen; es darf zum Beispiel keinen automatischen Vorrang des Ausbaus der Windenergieanlagen vor Tourismusinfrastrukturprojekten geben</p> <p>Erneuerbare Energien ausbauen Bei der Windenergie liegen im Offshore-Bereich die größten Potenziale. Offshore-Anlagen sind deutlich leistungsfähiger und erzeugen je installierte Leistung mehr Strom als Windenergieanlagen an Land. Der Bund legt daher einen besonderen Schwerpunkt auf den Ausbau der Windkraft in Nord- und Ostsee.</p> <p>Stromnetze ausbauen und besser vernetzen Der Ausbau der Windkraft in windstarken Küstenregionen erfordert auch den Ausbau der notwendigen Übertragungsnetze im Binnenland. Insbesondere die Nord-Süd-Verbindungen „Ultranet“ und „SuedLink“ sollen deshalb zügig umgesetzt werden. Uns ist dabei wichtig, dass die Interessen der Betroffenen bei der Festlegung der Trassen berücksichtigt werden. Auch hier braucht die Energiewende Akzeptanz.</p>
Unser Fazit zum jeweiligen Parteiprogramm in Bezug auf den weiteren Ausbau der Windkraft in Hessen		
<ul style="list-style-type: none"> • Noch schnellerer und umfassender Ausbau der Windkraft • CDU ist bei der Windkraft komplett auf das Programm der GRÜNEN eingeschwenkt 	<ul style="list-style-type: none"> • Noch schnellerer Ausbau der Windkraft • „Schwarzgrüne“ Verhinderungspolitik beim Ausbau der Windkraft beenden 	<ul style="list-style-type: none"> • Wenig Substantielles • Windkraft bevorzugt im Offshore-Bereich ausbauen • Belange des Tourismus beim Ausbau der Windkraft stärken

Die LINKE Link zum Programm	AfD Link zum Programm	GRÜNE Link zum Programm
Relevante Textauszüge aus den jeweiligen Parteiprogrammen		
<p>Der Ausbau der Windenergie in Hessen muss durch einen jährlichen Zubau von mindestens 150 Anlagen forciert werden.</p> <p>Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks beteiligt werden. Außer Kommunen oder Bürgerenergiegenossenschaften kann auch das Land selbst Windkraftanlagen planen, bauen und betreiben. Auch hierbei müssen die umliegenden Kommunen an den Gewinnen beteiligt werden</p> <p>Neben Windkraft ist die Installation von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater Gebäude und Eigenheime zu fördern und durch zinslose Kredite finanziell zu unterstützen</p>	<p>Die „Energiewende“ ist gescheitert - wir brauchen ein Ende der Wende Obwohl Kernenergie und Gas in der Taxonomie der EU gerade als „nachhaltige Technologien“ eingestuft wurden, sieht die sogenannte „Energiewende“ vor, keine nuklearen oder fossilen Energieträger - also Kohle, Gas oder Erdöl - mehr zur Energieversorgung einzusetzen. CO2-haltige Energieträger sollen durch „erneuerbare Stromerzeuger“ wie Solaranlagen, Windkraftanlagen, Biomasse oder Wasserkraft etc. ersetzt. Stromerzeugung aus fossilen Quellen und Kernkraft kann derzeit jedoch nicht ersetzt werden, zumal der Strombedarf, beispielsweise durch Elektromobilität oder den Einsatz von Wärmepumpen, deren vermehrten Einsatz die AfD kritisch sieht, deutlich steigen wird (Stichwort Sektorkopplung).</p> <p>Von den „erneuerbaren Energien“ liefern insbesondere Solar- und Windkraftanlagen stark schwankende Stromeinspeisung. So verachtfacht sich die Einspeiseleistung einer Windkraftanlage bei einer Verdoppelung der Windgeschwindigkeit. Nachts, wenn es bewölkt ist oder kein Wind weht, wird nichts produziert und der Strombedarf muss aus anderen Quellen gedeckt werden.</p> <p>Kein weiterer Ausbau der „Erneuerbaren“ Durch politische Fehlentscheidungen wurden grundlastfähige Kraftwerkskapazitäten reduziert und gleichzeitig die volatile Einspeisung aus Windkraft- und Solaranlagen massiv erhöht. Die „volatilen Erneuerbaren“ erzeugen große Risiken für den Netzbetrieb, und es sind inzwischen mehr als 10.000 Netz eingriffe pro Jahr notwendig, um das Stromnetz stabil zu halten</p> <p>Der „kostenlose Strom“ aus Wind und Sonne führt zu den höchsten Gewerbestrompreisen der industrialisierten Welt und gefährdet unsere Versorgungssicherheit. Die AfD Hessen fordert daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbaustopp für Windkraft- und Solaranlagen • Windkraft- und Solaranlagen dürfen zukünftig nur noch „netzdienlich gefahren“ werden. Ungesteuerte Maximaleinspeisung darf nicht länger Erlösmaximierung bedeuten. Einspeisevorrang erhalten die „Erneuerbaren“ nur noch bei Planbarkeit und „Fahrplan-Einhaltung“. 	<p>Den Wirtschaftswandel zu einem klimaneutralen Land gestalten, Energie-, Wärme- und Verkehrswende verwirklichen Wir haben 2 Prozent der Fläche in Hessen für Windkraft und 1 Prozent für Solarenergie vorgesehen, kommunale Wärmeplanung angestoßen und für jede*n abrufbar ein Solar-Kataster zur Verfügung gestellt.</p> <p>Volle Kraft für erneuerbare Energien Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien auf allen Ebenen forcieren. Beim Windkraftausbau werden wir einerseits dafür sorgen, dass die bereits ausgewiesenen Vorrangflächen schnellstmöglich bebaut werden. Darüber hinaus werden wir die Ausweisung weiterer bebaubarer Vorrangflächen voranbringen. Mindestens 2,2 % der Landesfläche sind hierbei – analog zu den Planungen der Bundesregierung – unser Ziel. Wir wollen den Zubau der Windkraft in Hessen sukzessive auf mindestens 500 Megawatt pro Jahr steigern und auch danach deutlich weiter erhöhen. Wir wollen zukünftig bei der Vergabe von Staatswaldflächen die Beteiligungsmöglichkeit für Bürger*innen noch höher gewichten, da das die Akzeptanz fördert. Ein weiteres Ziel ist das Repowering von Bestandsanlagen auch außerhalb von Windvorrangflächen. Hierfür sind wir ebenfalls auf entsprechende Rahmenbedingungen auf Bundesebene angewiesen. Energiegenossenschaften, echte Bürger*innenenergiegesellschaften und regionale Unternehmen, die für mehr Akzeptanz bei der Energiewende sorgen, wollen wir deshalb stärken. Langfristige Vereinbarungen zwischen einzelnen Abnehmern und einem Erzeuger erneuerbarer Energien fördern den Ausbau. Wir setzen auf schnellere Genehmigungs-, Beratungs- und Akzeptanzverfahren und die Stärkung der zuständigen Regierungspräsidien und des Verwaltungsgerichtshofs. In einer „Task Force Erneuerbare“ wollen wir gemeinsam mit den Akteur*innen Maßnahmen erarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und planerische sowie bürokratische Hürden abzubauen.</p>
Unser Fazit zum jeweiligen Parteiprogramm in Bezug auf den weiteren Ausbau der Windkraft in Hessen		
<ul style="list-style-type: none"> • Nichts Substantielles • Ausbau von Windkraftanlagen und Solarenergie durch zinslose Kredite 	<ul style="list-style-type: none"> • Stopp des Windkraftausbaus bis eine „netzdienliche“ Einspeisung möglich ist 	<ul style="list-style-type: none"> • „Volle Kraft voraus“ für Windkraft